

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
HAUPT- UND
FINANZAUSSCHUSSES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 27. HuFA 2004-2009 Sitzungsdatum: 15.04.2008 Niederschrift

Übach-Palenberg, den 15.04.2008

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Haupt- und Finanzausschuss

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses aus öffentlicher Sitzung vom 04.09.2007
3. Bebauungsplan Nr. 91 - Bahnhofsumfeld - 2. Änderung
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
4. Bauantrag "Carolus-Park" Einrichtung von 2 Praxen und eines Sanitätshauses
hier: Zulässigkeit eines Sanitätshauses
5. EuRegionale 2008
hier: Vorstellung Beleuchtungskonzept Wasserturm
6. Änderung der Gebührensatzung der Stadt Übach-Palenberg für die Benutzung des Ü-Bades
7. Antrag BSSH, Ortsgruppe Übach-Palenberg auf Aufnahme in die Förderliste caritativer Vereine
8. Bereitstellung von über- und außerplanmäßigen Haushaltsmitteln
9. Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass
10. Genehmigung der Vorschlagsliste für die Wahl der Haupt- und Hilfsschöffen für die Geschäftsjahre 2009-2013 (verschoben in nichtöffentlichen Teil)
11. Änderung des Stellenplanes
- 11.1. Sitzungsvorlage 1

- 11.2. Sitzungsvorlage 2
- 12. Wahl der Beisitzer/innen des Wahlausschusses und ihrer Stellvertreter/innen für die Kommunalwahl 2009
- 13. Beschwerde nach § 24 GO NRW vom 14.02.2008 betr. Auswirkungen des Karnevalstreibens am Rathausplatz
- 14. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 15. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
Anfrage

B) Nichtöffentliche Sitzung

- 16. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses aus nichtöffentlicher Sitzung vom 04.09.2007
vorgezogene Tagesordnungspunkte
- 18.2. Vorstellung und Beschluss eines Pflichtenheftes zur Durchführung einer Ausschreibung zur Herausgabe des Amtsblattes
- 19.1. Veräußerung des städtischen Grundstücks am Rathausplatz (ehemals Molls)
- 17. Vertragsangelegenheiten
- 17.1. Neuausrichtung der Kooperation der NVV mit der west
- 18. Vergabeangelegenheiten
- 18.1. Kauf einer neuen Kehrmaschine
- 19. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 19.2. Grundstückstausch mit Herrn Wolfgang Makowski
- 19.3. Veräußerung von Gewerbeflächen
- 19.4. Genehmigung der Vorschlagsliste für die Wahl der Haupt- und Hilfsschöffen für die Geschäftsjahre 2009-2013
- 20. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 20.1. Änderungen des Stellenplanes; hier: Erläuterungen
- 20.2. Beschwerde nach § 24 GO NRW vom 14.02.2008 betr. Auswirkungen des Karnevalstreibens am Rathausplatz
- 20.3. Änderungen des Stellenplanes; hier: Erläuterungen

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Bärbel Bartel	SPD	(als Vertreterin für Heiner Weißborn)
Herr Peter Fröschen	CDU	
Frau Karin Fürkötter	SPD	
Herr Paul Josef Gerschel	SPD	
Frau Silvia Gillen	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Herbert Konrads	CDU	(bis Ende TOP 18.2, 19:30 Uhr)
Herr Hans-Josef Krawanja	SPD	
Herr Leo Meertens	UWG	
Herr Hans-Georg Overländer	SPD	(als Vertreter für Eva Maria Piez)
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Grüne	(bis Ende TOP 18.2, 19:30 Uhr)
Herr Wolfgang Schneider	SPD	
Frau Erika Tanzer	SPD	
Frau Corinna Weinhold	UWG	

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Manfred J. Offermanns FDP

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Kämmerer Bernd Schmitz
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtoberverwaltungsrat Hans-Peter Gatzert
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen (bis Ende TOP 18.2, 19:15 Uhr)
Herr Verwaltungsangestellter Clemens Gehlen
Herr Verwaltungsangestellter Horst Tackert (bis Ende TOP 5, 17:40 Uhr)

Gäste

Herr Ludwig Buchbinder, Beratungsfirma (zu TOP 18.2, 18:35 bis 19:15 Uhr)
Schmitzdt/Bechtle
Herr Heinz-Jürgen Zeuner, Concept-Consulting (zu TOP 19.1, 19:15 bis 19:58 Uhr)
GmbH

Schriftführer

Herr Stadtratsrat Thomas Schröder

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Verwaltungskollegen, die Gäste sowie den Vertreter der Presse.

Bürgermeister Schmitz-Kröll wies darauf hin, dass den Stadtverordneten eine Bitte zur Erweiterung der Tagesordnung zu den Punkten 19.1, 19.2 und 19.3 zugegangen sei. Weiterhin sei der Tagesordnungspunkt 10 zur Genehmigung der Vorschlagsliste für die Wahl der Haupt- und Hilfsschöffen versehentlich im öffentlichen Teil angesetzt worden. Er bitte diesen in den nichtöffentlichen Teil zu verschieben und als Punkt 19.4 zu behandeln.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass den Stadtverordneten noch ein Schreiben der Firma Futura Consult des Dr. Kummer vorgelegt worden wurde, das am heutigen Tage bei der Verwaltung eingetroffen sei. Hier sei eine Stellungnahme zu der Ansiedlung des geplanten Sanitätshauses abgegeben worden, die in Tagesordnungspunkt 4 behandelt werde.

Stadtverordneter **Meertens** regte an, dass man diesen Tagesordnungspunkt vertagen oder zumindest in der heutigen Sitzung keine Beschlussempfehlung treffen solle, da noch innerhalb der Fraktionen Beratungsbedarf bestehe.

Stadtverordneter **Gudduschat** regte an, dass man zumindest hierüber beraten solle, um entsprechende Fragen an die Verwaltung richten zu können. Einer abschließenden Beschlussfassung im Rat stehe nichts entgegen.

Stadtverordneter **Gudduschat** kündigte an, am Ende der öffentlichen Sitzung zwei Anfragen an die Verwaltung richten zu wollen.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird wie folgt erweitert:

- 19.1 Veräußerung des städtischen Grundstückes am Rathausplatz (ehemals Molls)**
- 19.2 Grundstückstausch mit Herrn Wolfgang Mackowski**
- 19.3 Veräußerung von Gewerbeflächen**

Weiterhin wird der Punkt

- 10 Genehmigung der Vorschlagsliste für die Wahl der Haupt- und Hilfsschöffen für die Geschäftsjahre 2009 – 2013**

in den nichtöffentlichen Teil verschoben und als Punkt 19.4 behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

A) Öffentliche Sitzung

1 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.02.2008 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses aus öffentlicher Sitzung vom 04.09.2007

Der Bericht über die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses aus öffentlicher Sitzung vom 04.09.2007 wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3 Bebauungsplan Nr. 91 - Bahnhofsumfeld - 2. Änderung
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss

Beschlussempfehlung:

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen öffentlichen Auslegung weder von Seiten der Öffentlichkeit noch von Seiten den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen vorgebracht wurden.
2. Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 91 – Bahnhofsumfeld – wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

4 Bauantrag "Carolus-Park" Einrichtung von 2 Praxen und eines Sanitätshauses
hier: Zulässigkeit eines Sanitätshauses

Bürgermeister Schmitz-Kröll fasste den Inhalt des Schreibens der Futura Consult zusammen und erklärte, dass sie dem Stadtrat empfehle, die Ansiedlung eines Sanitätshauses mit der Größe von 80 qm Verkaufsfläche am geplanten

Standort „Carolus-Park“ zu genehmigen. Er verwies darauf, dass die bestehende Regelung auf zwei Säulen beruhe. Zum einen regle der Bebauungsplan die Möglichkeiten der Ansiedlung. Hierbei seien damals keine entsprechenden Einschränkungen vorgenommen worden. Zum anderen sei jedoch mit dem Investor über den Kaufvertrag eine Einzelfallregelung getroffen worden, die die Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben in dem Gebäude nicht zulasse.

Bürgermeister Schmitz-Kröll verwies darauf, dass diese Regelung deshalb aufgenommen wurde, um gerade die zentrumsrelevanten Einzelhandelsbereiche auf die Stadtzentren von Übach und Palenberg zu konzentrieren. In diesem Zusammenhang müsse jedoch überlegt werden, ob die vorliegende Ansiedlung überhaupt dieser Intention entgegenstehe.

Vor dem Hintergrund, dass man bereits im Jahre 2005 die strikte Regelung zur Ansiedlung von Wohnraum im Erdgeschoss geändert habe und auch die jetzige Beurteilung eines Sanitätshauses in dieser Größenordnung als wenig problematisch bewertet werde, empfehle die Verwaltung die Ansiedlung zu ermöglichen.

Stadtverordnete **Bartel** erklärte, dass vor dem Hintergrund der Erfahrungen durchaus überlegt werden müsse, ob die Festlegung bestimmter Einzelregelungen noch sinnvoll sei.

Stadtverordneter **Gerschel** regte an, solche Regelungen eindeutig und klar in dem Bebauungsplan festzulegen und nicht über Einzelbeschlüsse, die relativ zügig wieder zurückzunehmen seien.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass es dem Rat grundsätzlich frei stehe, den Antrag zu genehmigen oder ihn abzulehnen. Es sei auch weiterhin so, dass bis auf diesen 80 qm großen Sanitätseinzelhandel kein weiterer Einzelhandel zugelassen sei. Er verwies noch einmal auf die Empfehlung des Dr. Kummer.

Stadtverordneter **Gerschel** erkundigte sich, ob der Investor bei einer Ablehnung des Rates, versuchen könne, die Zulassung der Ansiedlung auch auf dem Klagewege durchzusetzen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass der Versuch, dies über eine Klage zu erreichen als rechtsmissbräuchlich zu interpretieren wäre. Der Investor habe schon von vornherein gewusst, dass der Rat über eine Einzelfallregelung die Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben im „Carolus-Park“ grundsätzlich untersagen wolle. Ein alleiniger Verweis auf die Festsetzung des Bebauungsplanes sei deshalb nicht begründbar.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Meertens** erklärte **Bürgermeister Schmitz-Kröll**, dass eine Entscheidung zur Genehmigung des Sanitätshauses nicht automatisch dazu führe, dass auch andere Geschäfte sich hier ansiedeln dürften.

Stadtverordneter **Krawanja** erklärte, dass er es als nicht positiv erachte, wenn nach bereits zweieinhalb Jahren die vom Haupt- und Finanzausschuss getroffene Grundsatzregelung wieder zurück genommen werde.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass an die Ansiedlung eines Sanitätshauses im „Carolus-Park“ seinerzeit niemand gedacht habe. Es sei vielmehr darauf Wert gelegt worden, zentrumsrelevanten Handel zu unterbinden, der Probleme

für die Zentren in Übach und Palenberg nach sich ziehen könne.

Stadtverordneter **Meertens** gab zu bedenken, dass auch die Belange der dort wohnenden älteren Menschen in die Betrachtungsweise mit einbezogen werden müssen. Für sie sei eine gute Erreichbarkeit von Ärzten und entsprechenden Fachgeschäften wie einem Sanitätshaus durchaus sinnvoll.

Der Haupt- und Finanzausschuss einigte sich darauf, die abschließende Beratung und Beschlussfassung in der kommenden Sitzung des Rates vorzunehmen.

5 EuRegionale 2008

hier: Vorstellung Beleuchtungskonzept Wasserturm

Verwaltungsangestellter **Tacken** erklärte, dass den Stadtverordneten am Freitag entsprechende Unterlagen zu diesem Tagesordnungspunkt zugestellt worden seien. Er stellte anhand der Sitzungsvorlage sowie einer Beamer-Präsentation das Beleuchtungsvorhaben am Wasserturm dar. Er erklärte, dass die Planungen sowohl mit dem Rheinischen Amt für Denkmalpflege als auch mit der Unteren Landschaftsbehörde abgestimmt worden seien. Hier sei man jedoch noch in der endgültigen Klärung, um die Belange des Naturschutzes für von der Beleuchtung tangierte Insekten zu gewährleisten.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Offermanns** erklärte Verwaltungsangestellter **Tacken**, dass die niederländische Firma mit ortsansässigen deutschen Betrieben zusammen arbeite, um das Beleuchtungskonzept zu realisieren und damit auch den Interessen der heimischen Wirtschaft genüge zu tun.

Stadtverordneter **Rißmayer** erkundigte sich danach, inwieweit es möglich sei, durch eine Photovoltaikanlage die Energieversorgung der Beleuchtung zu gewährleisten. Hierdurch sei es möglich, auf konventionellen Strom zu verzichten, der weiteren CO²-Ausstoß bedinge.

Verwaltungsangestellter **Tacken** erklärte, dass die Nutzung einer Photovoltaikanlage in Bezug auf die Speichermöglichkeiten als nicht realisierbar eingeschätzt worden sei. Er könne aber durchaus diese Forderung noch einmal vorbringen, insbesondere vor dem Hintergrund der sog. „Speicherung im Netz“ wie sie bei Photovoltaikanlagen üblich sei.

Stadtverordnete **Bartel** erklärte, dass die SPD-Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung folgen wolle. Sie sehe es als eine Attraktion für Übach-Palenberg an, die auch weit über die Stadtgrenzen hinaus wahrgenommen werde. Auch der Einsatz von LED-Leuchten werde ausdrücklich befürwortet.

Stadtverordneter **Krawanja** unterstrich, dass die Beleuchtung auch eine Aufwertung dieses städtischen Wahrzeichens bewirke. Er erinnerte an die Widerstände, die seinerzeit mit der Renovierung des Wasserturmes einher gegangen waren. Heute werde dieses Wahrzeichen nicht mehr in Frage gestellt.

Auch Stadtverordneter **Gudduschat** signalisierte von Seiten der CDU-Fraktion Zustimmung zu diesem Projekt.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass die UWG-Fraktion dem Vorhaben nicht zustimmen werde. Sie erklärte, dass die Stadt Übach-Palenberg bereits mit der Karlskapelle ein Wahrzeichen habe, das beleuchtet werde. Dies reiche aus, so dass man die Notwendigkeit für diese Investition nicht erkennen könne.

Beschlussempfehlung:

Das vorgestellte Beleuchtungskonzept und der voraussichtliche Kostenaufwand werden zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, das Benehmen mit den zu beteiligenden Behörden herzustellen und die Maßnahme durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

**12 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
1 Enthaltung**

6 Änderung der Gebührensatzung der Stadt Übach-Palenberg für die Benutzung des Ü-Bades

Stadtverordneter **Gudduschat** fragte nach, wann mit dem Bericht zu den Erfahrungen mit der Gebührensatzung gerechnet werden könne. Man habe seinerzeit gesagt, dass nach einem Jahr die Verwaltung über ihre Erfahrungen berichten werde.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erklärte, dass im Schul-, Sport- und Kultur-ausschuss seinerzeit ein Bericht gegeben wurde. Er wolle in diesem Zusammenhang gerne auf die damals getätigten Informationen verweisen. Der Ausschuss habe jedoch keine weitere Beschlussfassung getroffen, sondern die Regelungen unverändert gelassen. Mit der jetzt vorliegenden Änderung der Gebührensatzung und dem in der kommenden Woche zu behandelnden Antrag der SPD sollen die entsprechenden Regelungen gemäß den Bürgeranliegen angepasst werden. Unter anderem werde neben der unbegrenzten Gültigkeit von Mehrfachkarten auch die Gebührenermäßigung für Schwerbehinderte mit einem Prozentsatz von 50 % zur Abstimmung gestellt.

Stadtverordneter **Gudduschat** erkundigte sich danach, ob der Verwaltung die Anfrage einer bestimmten Bevölkerungsgruppe vorliege, für die Nutzung des Schwimmbades bestimmte Regelungen einzuführen.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erklärte, dass ihm eine solche Anfrage für Schwimmzeiten für türkische Frauen vorliege. Er sehe jedoch hier organisatorische Probleme, da u.a. gefordert werde, dass die Badeaufsicht durch weibliches Personal sichergestellt sein müsse. Vor dem Hintergrund, dass nur eine Schwimmmeisterin in Diensten der Stadt stehe, sei dies organisatorisch nur sehr

schwer umzusetzen. Ebenfalls müsse eine Abgrenzung zu männlichen Badegästen, Bediensteten und keine Einsichtnahme von Außen während dieser Stunde sichergestellt werden.

Stadtverordneter **Offermanns** erklärte, dass er es für nicht praktikabel halte hierfür im Ü-Bad extra die Fenster zuhängen zu müssen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass diese Thematik, sofern es Wunsch des Rates sei, durchaus auch noch mal separat behandelt werden könne. Mit dem heutigen Tagesordnungspunkt sei jedoch lediglich die Anpassung der Gebührensatzung zur Beratung vorgesehen.

Beschlussempfehlung:

Der vorliegende Entwurf der geänderten Gebührensatzung für die Benutzung des Ü-Bades wird beschlossen (der Entwurf der geänderten Gebührensatzung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7 Antrag BSSH, Ortsgruppe Übach-Palenberg auf Aufnahme in die Förderliste caritativer Vereine

Beschlussempfehlung:

Der BSH wird in die Förderliste caritativer Vereine der Stadt Übach-Palenberg aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8 Bereitstellung von über- und außerplanmäßigen Haushaltsmitteln

Stadtverordneter **Gudduschat** erkundigte sich danach, warum über die einzelnen Positionen in der Gesamtheit abgestimmt werden müsse. Offensichtlich sei keine Beschlussfassung zu den einzelnen Positionen vorgesehen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass dies bestehende Praxis sei. Es sei jedoch kein Problem auch über einzelne Positionen separat abzustimmen, wenn dies beantragt werde.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass es ihm grundsätzlich um das Verfahren zu dieser Maßnahme gehe. Vor dem Hintergrund der einzelnen Maßnahmen wolle er jedoch nachfragen, warum die Stadt Fahrkosten für die Maler-Azubis der

Fördermaßnahme erstatten werde. Ihn interessiere auch wer Arbeitgeber der Maßnahme sei und wie die Personen nach Abschluss der Fördermaßnahme beschäftigt würden.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er über die Hintergründe dieser Position leider keine konkreteren Auskünfte geben könne. Aufgrund der Erkrankung seien auch der Beigeordnete für Planen und Bauen und der Amtsleiter des Stadtentwicklungsamtes heute nicht zugegen. Zur „Not“ könnten die Auskünfte eingeholt, nachgereicht und erst nächste Woche im Stadtrat ein Beschluss gefasst werden.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, dass er hierzu auch aus dem persönlichen Kenntnisstand gerne Auskünfte geben könne. Er erläuterte, dass die Fördermaßnahme vom Land Nordrhein-Westfalen initiiert worden sei und ein Sofortprogramm zur Schaffung von Ausbildungsstellen beinhalte. Hierzu sei ein Verein gegründet worden, der sich „Jugendförderung im Kreis Heinsberg“ nenne. Dieser sei Arbeitgeber und die Stadt quasi als Praktikantenstelle zu verstehen. Über seine Person sei damals der Kontakt hergestellt worden, um für eine gemeinnützige Tätigkeit bei einer Kommune junge Leute die praktische Ausbildung zu ermöglichen.

Stadtverordneter **Weinhold** erklärte, dass die UWG der Bereitstellung von über- und außerplanmäßigen Haushaltsmitteln zustimmen wolle. Insbesondere verwies sie darauf, dass ihrer Forderung aus der Haushaltsrede zur Aufstockung der allgemeinen Rücklage mit dem Beschluss entsprochen werde.

Beschlussempfehlung:

Den über- und außerplanmäßigen Ausgaben wird entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt (der Vorschlag der Verwaltung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9 Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass

Stadtverordneter **Gerschel** erklärte, dass bereits vor zwei Monaten der Stadtrat die ordnungsbehördliche Verordnung aufgrund der damals vorliegenden Anträge neu gefasst habe. Er bitte die Antragsteller sich doch für die Zukunft früher über die Veranstaltungstermine zu einigen und diese mitzuteilen.

Stadtverordneter **Peter Fröschen** erklärte, dass der Aktionskreis „Pro Übach“ erst vor kurzem einen neuen Vorstand gewählt habe und aufgrund dessen erst jetzt die neuen Ideen hätten einfließen können.

Beschlussempfehlung:

Aufgrund des Antrages des Aktionskreises „Pro Übach e.V.“ vom 30.03.2008

wird die ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass neu beschlossen (die ordnungsbehördliche Verordnung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Genehmigung der Vorschlagsliste für die Wahl der Haupt- und Hilfsschöffen für die Geschäftsjahre 2009-2013 (verschoben in nichtöffentlichen Teil)

Dieser Punkt wurde zu Beginn der Sitzung in den nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung verschoben.

11 Änderung des Stellenplanes

11.1 Sitzungsvorlage 1

Beschlussempfehlung:

Im Unterabschnitt 230 (Gymnasium) wird eine Stelle der Entgeltgruppe 5 TVöD in eine Stelle der Entgeltgruppe 6 TVöD umgewandelt.

In den Unterabschnitten 220 (Realschule) (0,40 Stellenanteil) und 280 (Gesamtschule) (0,60 Stellenanteil), also insgesamt 1 Stelle der Entgeltgruppe 5 TVöD wird in eine Stelle der Entgeltgruppe 6 TVöD umgewandelt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11.2 Sitzungsvorlage 2

Beschlussempfehlung:

Im Unterabschnitt 405 (Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende) wird eine weitere Stelle mit der Entgeltgruppe 5 TVöD eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12 Wahl der Beisitzer/innen des Wahlausschusses und ihrer Stellvertreter/innen für die Kommunalwahl 2009

Von Seiten der Fraktionen wurden die Vorschläge für einen einheitlichen Wahlvorschlag vorgebracht. Die persönlichen Vertreter für die benannten Beisitzer werden in der kommen Ratssitzung noch benannt.

Beschlussempfehlung:

Beisitzer

Sven Bildhauer	SPD
Paul-Josef Gerschel	SPD
Bärbel Bartel	SPD
Heiner Weißborn	SPD
Rainer Reißmayer	B'90/Grüne
Gerhard Gudduschat	CDU
Wolfgang Jungnitsch	CDU
Herbert Konrads	CDU
Thomas Dieckmann	UWG
Vera Sarasa	UWG

Stellvertreter

Corinna Weinhold	UWG
Jochen Deserno	UWG

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13 Beschwerde nach § 24 GO NRW vom 14.02.2008 betr. Auswirkungen des Karnevalstreibens am Rathausplatz

Stadtverordneter **Gudduschat** bat darum, diesen Tagesordnungspunkt auf die nächste Haupt- und Finanzausschusssitzung im Juni 2008 zu vertagen, da er wisse, dass das Gebäude der Rockfabrik zur Versteigerung anstehe und ein neuer Betreiber vielleicht auch eine Nutzung zur Karnevalszeit wieder ermöglichen könne.

Stadtverordnete **Bartel** erklärte, dass sich die SPD-Fraktion schwer getan habe, den Beschluss zur Durchführung der Karnevalsveranstaltungen auf dem Rathausplatz zu fassen. Man habe um die Problematik gewusst, sehe sich jedoch aufgrund der nunmehr vorliegenden Beschwerden in der Situation auch darüber nachzudenken, wie mit der Verletzung des Ortsrechts umgegangen werden solle.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Gudduschat** erklärte Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski**, dass er in der letzten Ratssitzung berichtet habe, dass in Übach-Palenberg deutlich weniger Beschwerden als in Nachbarstädten zu den Karnevalsveranstaltungen vorgelegen hätten. Ihm sei zum Zeitpunkt der Anfrage bekannt gewesen, dass zwei Anrufe beim Ordnungsamt eingegangen seien, die sich über Ruhestörung beschwert hätten. Der vorliegende Antrag sei zwar am Tage der Ratssitzung im Rathaus eingegangen, jedoch ihm noch nicht bekannt gewesen. Zum Verfahren der ordnungsrechtlichen Beschwerde laufe z.Zt. ein Anhörungsverfahren gegenüber Herrn Spiertz, in dem diesem Gelegenheit gegeben

werde, sich zu den Anschuldigungen zu äußern. Erst danach könne man weitersehen.

Er berichtete weiter darüber, dass der Verwaltung für den Tanz in den Mai 2008 bereits ein Antrag für eine Zeltveranstaltung auf dem Rathausplatz vorliege. Man sei gewillt diesen zu genehmigen, da sie in einem anderen Kontext als die Karnevalsveranstaltung stehe.

Stadtverordneter **Offermanns** betonte, dass er bereits damals gesagt habe, dass eine Karnevalsveranstaltung im Zelt auf dem Rathausplatz problematisch werde. Er könne nach wie vor nicht verstehen, warum man die beiden großen Hallen im Stadtgebiet nicht hierfür genutzt habe. Er sehe auch die Bürger im Recht sich mit der Beschwerde über die Ruhestörung an die Verwaltung zu wenden.

Stadtverordneter **Meertens** erinnerte daran, dass die Probleme nicht allein durch das Zelt auf dem Rathausplatz hervorgerufen worden seien. Auch die Karnevalsveranstaltungen an der Rockfabrik in der Vergangenheit seien nicht lautlos über die Bühne gegangen. Man müsse berücksichtigen, dass es sich um eine Karnevalsveranstaltung handle. Weiterhin sei auch zu sehen, dass nicht Karnevalisten in einem anderen Verhältnis zu diesen Veranstaltungen stünden wie Karnevalsinteressierte. Er betonte, dass er einen durchaus positiven Eindruck von der Veranstaltung habe gewinnen können. Insbesondere sei seiner Meinung nach am darauffolgenden Tag zügig aufgeräumt worden, was positiv zu vermerken sei.

Stadtverordnete **Bartel** erläuterte, dass sie keine Zweifel daran habe, dass eine Zeltveranstaltung auf dem Rathausplatz funktioniere. Dies sei bereits zum Oktoberfest eindeutig zu erkennen gewesen. Im vorliegenden Fall sei nur die Ruhestörung nach 2.00 Uhr nachts das Problem.

Stadtverordneter **Krawanja** erklärte, dass es sich um einen schwierigen Konflikt handle, der letztendlich darauf hinauslaufe, an welchem Ort solche Veranstaltungen durchgeführt werden sollen.

Stadtverordneter **Rißmayer** erinnerte daran, dass die Problematik in Bezug auf Jugendliche dadurch auch aufgetreten sei, dass man diesen den Einlass ins Zelt verwehrt habe. Dies sei in der vorangegangenen Diskussion jedoch ein wichtiger Grund gewesen für die Veranstaltung im Ortszentrum. Dass die Jugendlichen nicht davon hätten profitieren können, sei darüber hinaus sehr bedauerlich.

Stadtverordneter **Offermanns** erklärte, dass sogar von Seiten verschiedener Karnevalisten Kritik an der Veranstaltung auf dem Rathausplatz vorgebracht worden sei.

Stadtverordneter **Meertens** gab zu Bedenken, dass es sich beim Brauchtum Karneval um eine besondere Situation handle. Veranstaltungen an anderen Orten würden sicherlich nicht weniger Probleme bringen.

Beschluss:

Die Beratung und Beschlussfassung zu dieser Beschwerde wird auf die Haupt- und Finanzausschusssitzung im Juni 2008 vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

14 Erweiterungen zur Tagesordnung

Erweiterungen zur Tagesordnung lagen nicht vor.

15 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass wie gewünscht eine Wirtschaftlichkeitsberechnung zum Neubau der Feuerwache in Scherpenseel in Auftrag gegeben worden sei. Man habe dies kurzfristig erledigt und die beiden Alternativen zum Neubau oder zur Verpachtung überprüfen lassen.

Wie der zuständige Beigeordnete für Planen und Bauen Herr Schlüter in der Sitzung des Verwaltungsvorstandes letzte Woche vorgetragen habe, ergebe sich aus dem Gutachten ein Vorteil zu Gunsten einer rein städtischen Lösung in Höhe von 120.000 Euro.

Man werde das Gutachten den Stadtverordneten zur Verfügung stellen und mit dem Protokoll zur Haupt- und Finanzausschusssitzung verschicken. Gerne sei die Verwaltung bereit, in der kommenden Woche entsprechende Fragen hierzu zu beantworten.

Stadtverordneter **Gudduschat** zeigte sich mit dem Vorgehen einverstanden und erklärte, dass sich damit auch die erste Anfrage der CDU-Fraktion erübrigt habe.

Anfrage

Anfrage 2 der CDU-Fraktion

Stadtverordnete **Gillen** erklärte:

„Sehr geehrte Kollegen,
die Kiesgewinnung in Marienberg geht ihrem Ende entgegen, deshalb stellen sich für die CDU Scherpenseel folgende Fragen:

1. Der Unternehmer verpflichtete sich, nach Abschluss der Rekultivierungsarbeiten alle Flächen kostenlos an die Stadt zu übertragen. In welchem Jahr wird dies stattfinden?
2. Ist es richtig, dass die Abgrabungsanträge (1981 nach dem Landesabgrabungsgesetz, 1989 nach dem Bundesberggesetz) sowohl Marienberg I und II als auch das noch nicht ausgekieste „Scherpenseeler Feld“ genehmigen?
3. Beabsichtigt der Unternehmer mit einem etwaigen Tagebau vor der Scherpenseeler Heide zu beginnen?“

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass die Verwaltung zu diesen Punkten gerne schriftlich Stellung nehmen wolle.

Stadtverordnete **Gillen** zeigte sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schloss um 18.30 Uhr die öffentliche Sitzung und unterbrach den Sitzungsfortgang für eine fünfminütige Pause.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Schmitz-Kröll** um 20.25 Uhr die Sitzung.

Schmitz-Kröll
Bürgermeister

Schröder
Schriftführer